

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Alexander King

vom 31. März 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 1. April 2026)

zum Thema:

Was unternahm die Bildungssenatorin am Tag des Stromausfalls?

und **Antwort** vom 17. April 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Apr. 2026)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Dr. Alexander King
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25730

vom 31. März 2026

über Was unternahm die Bildungssenatorin am Tag des Stromausfalls?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wo hielt sich die Bildungssenatorin am 3. Januar 2026 zu welchen Zeitpunkten konkret auf, und welche dienstlichen Tätigkeiten hat sie im Verlauf des Tages wahrgenommen? Bitte um Darstellung in einem nachvollziehbaren zeitlichen Ablauf.
2. Wann hat die Bildungssenatorin erstmals Kenntnis vom Stromausfall erlangt und mit welchen Stellen (z. B. Senatskanzlei, Schulaufsicht, Bezirke) zu welchen Zeitpunkten kommuniziert?
4. Welche konkreten Maßnahmen wurden im Zuständigkeitsbereich der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wann beschlossen, mit welchen Akteuren abgestimmt und zu welchen Zeitpunkten umgesetzt? Bitte um detaillierte Darstellung der Entscheidungs- und Abstimmungskette.

Zu 1., 2. und 4.: Der durch einen Anschlag bedingte Stromausfall in Steglitz-Zehlendorf führte zu erheblichen Einschränkungen in der Energieversorgung und betraf auch Schulen, Kindertageseinrichtungen sowie Angebote der Jugendhilfe.

Die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie nahm am Samstag, den

3. Januar 2026, die Entwicklung des Stromausfalls zunächst über die öffentliche Berichterstattung zur Kenntnis und leitete von Berlin aus die weiteren Abstimmungen ein.

Ab dem Zeitpunkt, zu dem erkennbar war, dass der Stromausfall nicht kurzfristig behoben werden konnte, ist die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie in den Austausch mit der für die gesamtstädtische Krisenbewältigung zuständigen Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnSport) gegangen. Hierzu gehörte die Kontaktaufnahme sowohl mit der Senatorin Iris Spranger als auch mit dem zuständigen Staatssekretär Christian Hochgrebe, um die Einbindung des Geschäftsbereichs Bildung, Jugend und Familie in die Krisenstrukturen sicherzustellen.

Am Samstag, den 3. Januar 2026, wurden im weiteren Verlauf die Staatssekretäre der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) – der Amtschef Dr. Torsten Kühne, die Bildungsstaatssekretärin Christina Henke sowie der Staatssekretär für Jugend und Familie Falko Liecke – informiert und in die weiteren Abstimmungen einbezogen. Der Amtschef nahm am Abend desselben Tages gemeinsam mit der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie an einer ersten Sitzung des Krisenstabs der SenInnSport teil. Parallel wurden die zuständigen Bereiche innerhalb der SenBJF aktiviert, um die Lage für die Bereiche Schule, frühkindliche Bildung und Jugendhilfe zu bewerten.

Ebenfalls am Samstag, den 3. Januar 2026, wurde durch die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Kontakt mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf aufgenommen. Hierzu gehörte insbesondere der Austausch mit der Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport, Malgorzata Sijbrandij, mit dem Ziel, ein belastbares Lagebild zur Betroffenheit der Schulen zu erhalten und eine Übersicht über die betroffenen Standorte zu erstellen. Eine entsprechende Auflistung der betroffenen Schulstandorte lag am Abend vor und bildete die Grundlage, um gemeinsam mit der zuständigen Abteilung I der SenBJF die weiteren Schritte zur Notbetreuung abzustimmen.

Am Sonntag, den 4. Januar 2026, wurde die Abstimmung ausgeweitet.

Die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie hat Kontakt mit der Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit, Carolina Böhm, aufgenommen, um die Situation im Bereich der Kindertagesbetreuung und der Jugendhilfe zu bewerten und Maßnahmen abzustimmen.

Ergänzend erfolgte durch die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, den Staatssekretär für Jugend und Familie sowie die fachlich zuständige Abteilung der SenBJF der Austausch mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege und der Vereinigung der

Kita-Eigenbetriebe (VKMK), um einen abgestimmten Informationsstand zur Lage im Kitabereich zu erhalten und Rückmeldungen aus den Einrichtungen einzubeziehen. Auf dieser Grundlage wurde gemeinsam mit dem Bezirksamt sowie den Trägern der Einrichtungen eine Übersicht über die betroffenen Einrichtungen erarbeitet, um einen belastbaren Überblick zu erhalten und die Sicherstellung von Betreuungs- und Unterbringungsangeboten zu gewährleisten.

Auf Grundlage des fortlaufend erhobenen und abgestimmten Lagebildes wurden gemeinsam mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf sowie den Trägern Entscheidungen zu Schulöffnungen und -schließungen sowie zur Einrichtung von Notbetreuungsangeboten vorbereitet und getroffen.

Die Zuständigkeit für die konkrete Umsetzung vor Ort, insbesondere für Schulschließungen und die Organisation des Betriebs, liegt bei den Schulträgern der Bezirke. Die SenBJF hat diese Prozesse unterstützt, die fachliche Abstimmung sichergestellt und die Informationen gebündelt.

Die entsprechenden Informationen zu Schulbetrieb, Schließungen und Notbetreuung wurden am Sonntag, den 4. Januar 2026, abgestimmt und über eine Pressemitteilung, die Internetseite der SenBJF sowie über die Einbindung der Krisenstrukturen zur Weitergabe über die Warnsysteme veröffentlicht.

Auf Grundlage der am Wochenende geschaffenen Abstimmungen und des erhobenen Lagebildes wurden die Informationen ab Montag fortlaufend aktualisiert, die Maßnahmen weiter angepasst und die Abstimmung mit dem Bezirk sowie den beteiligten Trägern fortgeführt.

3. Wie gestaltete sich die Kommunikation der Bildungssenatorin mit den zuständigen Schulrätinnen und Schulräten bzw. der Schulaufsicht im Verlauf des Krisentages, insbesondere im Hinblick auf Entscheidungen zu Schulschließungen oder Notbetrieb?

Zu 3.: Eine Kontaktaufnahme der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit Schulrätinnen und Schulräten erfolgte in diesem Zusammenhang nicht. Die Schulaufsicht war über die zuständige Fachabteilung der Senatsverwaltung fortlaufend informiert und in die entsprechenden Prozesse eingebunden.

Zuständig für Entscheidungen über Maßnahmen vor Ort, insbesondere im Hinblick auf Schulschließungen oder einen Notbetrieb, sind die Schulträger der Bezirke. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat den zuständigen Bezirk hierbei unterstützt.

Berlin, den 17. April 2026

In Vertretung
Dr. Torsten Kühne
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie